

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N^o 111.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 14. Mai.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Woche.

Der deutsche Reichstag nahm in der vergangenen Woche die Monopolfrage in Berathung. Wie die Bergspitzen von Weitem höher und riefiger ausschauen, als wenn man dicht vor ihnen steht, so erging es auch mit der ersten Berathung dieser Vorlage. Man sah derselben mit größter Spannung entgegen und fühlte sich hinterher enttäuscht; denn einmal pflegen die Redner ersten Ranges am Beginn der Diskussion niemals ihr Pulver zu verschleßen, sobald blieb Fürst Bismarck wegen Krankheit der Debatte fern. Trotzdem wurde Letztere am Mittwoch ernst und würdig vom Staatssekretär des Reichsschatzamt, Herrn Scholz, eingeleitet, der zunächst die Abwesenheit des Reichskanzlers durch dessen Krankheit entschuldigte und dann den Entwurf mit Rücksicht auf die erforderliche Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches, der Beseitigung der Matrifularbeiträge und mit Rücksicht auf den Nothstand in den Einzelstaaten zur Annahme empfahl. Das Erträgniß würde 160 Millionen Mark — also 118 Millionen Mark mehr als bisher — ergeben; und wenn auch das Monopol manche Uebelstände mit sich führe, es seien diese Opfer im Interesse des Reichs erforderlich. Man möge sich daher rasch zur Einführung des Monopols entschließen, denn einmal komme es doch. — Wie aus einem Munde erscholl von der Linken der Ruf: „Nie-mals!“ Hierauf bekämpften die Abgg. Sandmann und Hübner die Vorlage, während der Unterstaatssekretär für Esß, Dr. v. Mayr, und der Abg. v. Minnigerode die Annahme derselben empfahlen. Damit endete der erste Tag der Berathung. — Am Donnerstag fiel die Sitzung des Reichstages in Rücksicht auf den Sessions-schluss des preussischen Landtags aus, wobei die Regierung ihr Bedauern zu erkennen gab, daß mehrere Gesetze unerledigt geblieben sind. — Am Freitag wurde die Monopol-Debatte vom Reichstage wieder aufgenommen. Abg. Windthorst sprach gegen das Monopol aus lediglich sachlichen Gründen. Die blühende Tabakindustrie werde dadurch vernichtet; die zentralistische Grundidee des Monopols gefährde die föderalistische Grundlage des Reichs; das Monopol könne bei Verleihung von Stellen sogar zu Kulturkampfzwecken mißbraucht werden. Abg. Leuschner erklärte sich für das Monopol als einzigen Weg zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Reiches und der Einzelstaaten. Abg. Mayer-Württemberg ist gegen das Monopol, weil dasselbe das Geldbewilligungsrecht des Parlaments beschränke; die Tabakoffizinen würden gouv-ernementale Wahlbureau; der Zentralisation bis zur Zigarre könne er nicht zustimmen. Abgeordneter Stauffenberg hielt die Beseitigung der Matrifularbeiträge durch die Bewilligungen seit 1879 erreicht; Steuern auf Vorrath bewillige er nicht. Das Monopol war schon als Patrimonium der Enterbten unpopulär, heute sei von diesem Zwecke nicht mehr die Rede; es sei gefährlich, die Ansichten wie Röde zu wechseln. Die Kommunen verlangten keine Bettel-pennige vom Reich; sie sorgten selbst für ihre Bedürfnisse und wollten um den Preis von Zuschüssen aus dem Monopol ihre Freiheit nicht verkaufen. Die Bedrückung der Privat-Industrie erinnere an die Art, wie Ahab Nabobs Weinberg expropriirt habe. — Nachdem noch der sozialdemo-kratrische Abg. Bollmar die Aufmerksamkeit des Hauses längere Zeit in Anspruch genommen, ward die Debatte auf Sonnabend vertagt. — Fürst Bismarck muß in Friedrichsruh noch immer das Zimmer hüten und seine Rückkehr nach Berlin ist wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Dem Vernehmen nach ist es die Ischias, welche dem Fürsten in der Hitze die heftigsten Schmerzen verursacht und jede Bewegung verhindert. — Am Freitag Abend 7 Uhr brach in der Hygieneausstellung bei Mo-abit eine Feuersbrunst aus, welche, durch starken Wind ange-facht, sich rasch weiter verbreitete und sämtliche aus Holz konstruirte Gebäulichkeiten einäscherte. Die Ausstel-lung wurde vollständig vernichtet, auch sehr viele Ausstel-lungsgegenstände, da die Eröffnung der Ausstellung am Dienstag stattfinden sollte, verbrannten mit. Der Schaden ist noch nicht festzustellen. Auch der Kaiser begab sich zur Brandstätte. Die Ursache des Ausbruchs des Feuers ist noch unbekannt, das Gerücht spricht von einer Gas-explosion. Die Ausstellungsakten sollen gerettet sein. Das Versicherungsrisiko ist sehr getheilt, und zwar in: die transatlantische Hamburg, Union Berlin, Lübecker, preussische in Berlin, Elberfelder, Baseler, Thuringia in Erfurt, Westdeutsche und Essen und die schlesische Ver-sicherungsgesellschaft.

Die österreichische Finanzministerkrise fand noch keine Lösung, obgleich man hofft, noch am letzten Tage der Woche werde Herr von Szlaby sich zur Zurücknahme seiner Demission entschließen. Das Wiener Abgeordnetenhaus setzte die Zolltarif-Debatte fort. Diese äußerst trockenen Verhandlungen wurden jedoch durch die Interpellation der Abg. Suez und Genossen unterbrochen: „Ob die kaiserliche Regierung ihren Einfluß in geeigneter Weise geltend zu machen gedenkt, um die fortgesetzten Verletzungen der Gebote der Menschlichkeit, die an den russischen Juden begangen werden, energisch und rechtzeitig hintanzuhalten.“ Der Regierung war es leicht, mit dem Nicht-Interventions-Prinzip zu antworten. Allein die Sache liegt denn doch wohl etwas anders. Die Interpellanten betonen die Schwierigkeit, die aus den Judenverfolgungen in Rußland für den österreichischen Staat erwachsen. Solchen Schwierigkeiten zu begegnen ist bei aller Achtung vor dem Nicht-Interventionsprinzip die Pflicht eines jeden Staates. Es kann das der Regierung durchaus nicht gleichgültig sein, daß nach Galizien hinüber die russischen Juden in hellen Schaaren überreten, ihr nacktes Leben rettend, ohne Substanzmittel, ohne die Möglichkeit, ihren Unterhalt durch Arbeit zu gewinnen, ohne die Aus-sicht, in andere, ferne Länder weiter zu wandern, wenn ihnen die dazu nöthige Unterstützung nicht geboten wird. Bis jetzt ist es allerdings noch der privaten Wohlthätigkeit ge-lungen, die auf österreichisches Gebiet übergetretenen un-gläcklichen Flüchtlinge mit dem Nothdürftigsten zu versehen, sie vor dem Hungertode zu bewahren und einen bedeutenden Theil derselben nach Amerika zu transportiren, wo sie die Gelegenheit finden, sich selbst weiter zu helfen. Allein, wenn die Judenverfolgungen in Rußland fortbauern sollten, wenn der Druck, der in Rußland auf die Juden ausgeübt wird, so furchtbar werden sollte, daß er selbst dieser geduldigen und zähesten aller Racen unerträglich werden würde, dann kann eine Massenflucht der russischen Juden eintreten, dann werden es nicht mehr Hunderte und Tausende, sondern Hunderttausende sein, welche Zuflucht und Rettung auf österreichischem Gebiete suchen werden, und dann steht man dort faktisch vor jenen „Schwierig-keiten“, von denen die Interpellation spricht, und deren Hintanhaltung sie verlangt; dann liegt nicht mehr eine Frage der Menschlichkeit vor, „blos“ eine Frage der Hu-manität, sondern eine überaus ernste politische Frage, mit welcher der Staat sich wird beschäftigen müssen, der er nicht aus dem Wege wird gehen können, die seine Finanzen in Anspruch nehmen, die nach verschiedenen Richtungen seine Thätigkeit und sein Eingreifen herausfordern wird. Nachdem die Donaukommission wieder in Galizien sich versammelt hat, um den sogenannten Antrag Barère zu prüfen, welcher die Regelung der Donauschiffahrt von Galiz bis zum Eisernen Thore betrifft, hat die rumä-nischen Chauvinisten ein heftiger Grimm erfaßt, weil sie meinen, daß der französische Vorschlag die Rechte ihrer Souveränität antaste. Des Pudels Kern ist der, daß die Rumänen die Beaufsichtigung der Donauschiffahrt auf demjenigen Theile der Donau, der von ihrem Staate be-herrscht wird, für sich ausschließlich beanspruchen, während die übrigen Mächte die Ernennung der erforderlichen Be-amten ohne Rücksicht auf die rumänische Nationalität ge-wissermaßen im Namen Europas vollzogen wissen wollen. Dagegen lehnt sich nun der rumänische Römerstolz aufs Heftigste auf und hat sogar zu einer Interpellation in der rumänischen Kammer seine Zuflucht genommen. Der Ministerpräsident beantwortete dieselbe in einer Weise, welche zeigt, daß Rumänien in dem bezüglichen Punkte nicht nachzugeben geneigt ist, sondern nöthigenfalls die Ablehnung des französischen Vorschlages beantragen wird. So lange Rußland hinter der Regierung steht, kann sich dieselbe wohl diesen oppositionellen Luxus erlauben. Später wird sie in dessen wohl mildere Saiten aufziehen, wenn das übrige Europa mit dem Finger drohen sollte. Die französische Regierung wird jetzt vorzugsweise durch die ägyptische Krise in Anspruch genommen. Der Ministerpräsident machte am Donnerstage der Deputirten-kammer die Mittheilung, daß das Cabinet mit dem eng-lischen hierüber Verhandlungen angeknüpft habe und daß er den günstigen Erfolg derselben zu hoffen berechtigt sei. Ueber die Grundzüge der französischen Politik in Ägypten ließ Freycinet sich ungefähr so aus: „Wir wollen Frankreich seine privilegierte Stellung und seinen überwiegenden Einfluß in Ägypten bewahren. Wir haben dort eine zahlreiche Kolonie, welche gleichsam Frankreichs Vorposten im Orient ist. Diese Kolonie legt uns Pflichten

auf. Außerdem müssen wir die Unabhängigkeit Ägyptens aufrecht erhalten, wie sie in den von den Mächten bestätigten Firmanen definiert ist. Wir werden niemals gestatten, daß diese Firmanen verletzt werden; wir werden niemals erlauben, daß Ägypten weniger unabhängig sei als heute. Wir haben zwei Mittel, diese unsere Politik gegenüber Ägypten durchzusetzen, zunächst das Einvernehmen mit England, an dessen Dauer ich fest glaube; ferner das europäische Konzert. Wir glauben, die Ereignisse in Ägypten üben einen direkten Einfluß auf die Interessen und das Gleichgewicht Europas. Das europäische Konzert muß also mitsprechen. Wir sind ganz geneigt, uns mit den Mächten zu verständigen. Haben Sie, meine Herren, keine Unruhe wegen der Folgen dieser Konfultation. Die euro-päischen Mächte erkennen nämlich einmüthig die vorwiegende Situation Frankreichs und Englands in Ägypten an und überlassen uns die Führung der Aktion. Das ist eine bedeutsame Thatsache. Es steht nämlich fest, daß der gemeinsame Wille Frankreichs und Englands vorwiegen wird.“

Auch im englischen Unterhause war am Donners-tage die ägyptische Krise Gegenstand einer Anfrage an die Regierung. Der Unterstaatssekretär Charles Dilke gab jedoch eine Antwort, welche die Anschauungen der englischen Regierung eher verhüllt als offenbart, denn er sprach nur davon, daß England Maßregeln zum Schutze seiner Unter-thanen getroffen und die übrigen Mächte von dieser An-ordnung benachrichtigt habe.

Eine volle Woche ist in's Land gegangen, ohne daß über das irische Schauer-Drama nähere Aufklärungen an's Tageslicht gefördert wären. Immer noch fehlt es an Anhaltspunkten für die Entdeckung der Mörder, die, wie man annehmen muß, sich in ein sicheres Versteck geflüchtet haben, wo sie des Schutzes der übrigen Bewohner gewiß sind. Man zieht daraus den Schluß, daß die Entrüstung über die schreckliche That unter der niederen irischen Bevölkerung keineswegs so allgemein vorherrsche, als es von den Führern der Landliga ver-sichert wird. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Trauer um Lord Cavendish in den besseren Schichten der irischen Gesellschaft eine aufrichtige ist; denn dessen Vater, der Herzog von Devonshire, und dessen Vorfahren gehörten stets zu den mildesten Gutsherrn Irlands. — Wer sich etwa darüber wundert, daß die englischen Kon-servativen gegenwärtig die Gelegenheit zum Sturz des Ministeriums Gladstone unbenutzt lassen, wird in folgen-der Aeußerung des Lord Northcote die nöthige Auf-klärung finden: Zweifellos könnten die Liberalen jetzt ge-stürzt werden, da auch die Majorität des Unterhauses gegen Gladstone's Politik aufgebracht sei und daher ihr Mißtrauen votiren würde, worauf das Cabinet entweder resigniren oder Neuwahlen ausschreiben müßte. Im letzteren Falle hätten Gladstone's Anhänger auch bei der augenblicklichen furchtbar erregten Stimmung des Landes keine Aussicht auf eine Majorität, allein trotzdem beab-sichtigt die konservative Partei weber das Eine noch das Andere, da sie unter den jetzigen Umständen durchaus keine Lust zur Uebernahme der Regierung verspüre. „Wenn ein Beaconsfield jetzt da wäre,“ schloß Northcote, „er hätte nicht das Partei-Interesse über das Staatswohl gestellt.“ Die konservative Partei weiß also augenschein-lich, daß sie ebenso wenig im Stande sein würde, das irische Problem mit Sicherheit zu lösen, wie die libe-rale. Sie erachtet es daher für weiser, die Verantwort-lichkeit für diese undantbare Aufgabe von sich fern zu halten. In der That hat nun auch Gladstone seine irische Veröbhnungs-Politik an den Nagel gehangen. Er brachte im Parlament eine Bill ein, deren Grundzüge folgende sind: Es wird die Bildung von besond-eren Gerichtshöfen in den Distrikten, in welchen Unruhen vorkommen, gestattet. Diese Gerichtshöfe sollen aus drei Richtern bestehen und ohne Huziehung von Geschworenen verhandeln. Die Polizei wird ermächtigt, Haus-suchungen vorzunehmen, um nach Mordwerkzeugen zu recherchiren, sowie Personen zu verhaften, deren Benehmen verdächtig ist; ferner wird die Polizei ermächtigt, Ausländer, deren Anwesenheit für den Frieden in Irland bedrohlich er-scheint, zu verhaften und auszuweisen. Dem Vizekönig wird gestattet, ein summarisches Verfahren einzuführen, geübte Gesellschaften, sowie unerlaubte Versammlungen und aufreizende Journale zu unterdrücken. Die Dauer der Bill wird auf drei Jahre festgesetzt. Die irischen Abgeordneten, besonders die Matadore Parnell und Dillon, mißbilligten den Gesetzentwurf und beflagten seine allzu große Strenge, woraus sich ersehen läßt, daß ihre Versicherungen, zur Verhütung der Verbrechen theo-kretischer Bedeutung gewesen sind. Die Bill wurde trotz-dem in erster Lesung mit der ziemlich ansehnlichen